

COMPUTERWOCHE

Ausgabe 2023 – 21-22 22. Mai 2023

VOICE OF DIGITAL

EU stellt den AI Act vor

Was ist wichtiger: Wirtschaft
oder Verbraucherschutz?

Seite 6

SAP-Kunden klagen über Cloud-Preise

Warum ist der Umstieg in
die Cloud so teuer? – fragt
die DSAG

Seite 12

KI kann Talentsuche unterstützen

HR-Verantwortliche
misstrauen der Technik

Seite 40

Foto: Dolly/Shutterstock



Umweltschutz braucht die richtigen Daten

Nachhaltigkeitskonzepte
scheitern oft daran, dass
Unternehmen nicht die geeignete
Datenbasis haben.

Seite 24

Ohne Daten keine Nachhaltigkeitsfortschritte

An gutem Willen fehlt es in den meisten Betrieben nicht, wenn es um den Umweltschutz geht. Doch viele Unternehmen agieren blind, weil ihre Datenbasis nicht ausreicht.

Der Klimawandel ist in vollem Gange, und es gibt schon lange keinen Zweifel mehr, dass jedes Unternehmen davon betroffen sein wird – entweder direkt, weil sich die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens verändern, oder indirekt, weil es immer mehr gesetzliche Auflagen gibt, die die Betriebe zwingen, Energie zu sparen und ihren ökologischen Fußabdruck zu verkleinern. Das bestätigt auch die aktuelle Studie „Erfolgsfaktoren IT und Innovation 2023 – Lösungen für Energieeffizienz und Nachhaltigkeit“ von COMPUTERWOCHE, CIO und CSO, die in Zusammenarbeit mit All for One und Materna entstanden ist (siehe Seite 24).

Die Unternehmen wissen, dass sie ihren Footprint reduzieren und sich mit Umweltthemen beschäftigen müssen. Umso überraschender ist es, wie wenig systematisch die Betriebe an diese Aufgabe herangehen. So geben gerade einmal 18 Prozent der Befragten zu Protokoll, über eine gute Datenlage für die Bestimmung ihrer CO₂-Bilanz zu verfügen. Fehlen aber valide Daten, geraten Maßnahmen zum Umweltschutz zu blindem Aktionismus. Was als Strategie für mehr Nachhaltigkeit verkauft wird, erscheint eher als Feigenblättchen, das Kunden und eigene Mitarbeitende beruhigen soll.

Eine CO₂-Bilanz lässt sich nur anhand von Daten ziehen. Wer nicht weiß, welche Mengen an Treibhausgasen durch die eigenen Unternehmensaktivitäten freigesetzt werden – also beispielsweise durch Geschäfts- oder Produktionsprozesse –, der agiert blind. Auch Produkte haben einen CO₂-Fußabdruck: Er umfasst die Summe der Emissionen, die durch die Produktion, Nutzung, Verwertung und Entsorgung des jeweiligen Produkts entstehen. All das lässt sich heute messen. Es wird Zeit, damit zu beginnen.

Herzlich,
Ihr



Heinrich Vaske, Editorial Director



Heinrich Vaske,
Editorial Director



Nachhaltigkeit:

Der Umgang mit Daten entscheidet darüber, ob Unternehmen mit ihren Bemühungen rund um Nachhaltigkeit vorankommen.
www.cowo.de/a/3613888

▶▶ 24

Keine Spur von „Sustainability by Default“

Alle Unternehmen wollen und müssen nachhaltiger agieren, doch der gute Vorsatz allein reicht nicht aus. Viele scheitern daran, den Umweltgedanken sinnvoll in ihren betrieblichen Konzepten zu verankern. Auch sind die IT-Strategien meistens nicht ausreichend angepasst, und es fehlt an den richtigen Daten.



Markt

- 6 EU geht KI-Regulierung an**
In der EU schlagen die Wellen rund um KI-Regulierung hoch: Die einen denken eher an die Interessen und Rechte der Konsumenten, die anderen an die wirtschaftlichen Chancen.
- 9 Biden lädt zum KI-Gipfel**
US-Präsident Joe Biden hat die CEOs der wichtigsten KI-Unternehmen zu einem Gespräch ins Weiße Haus gebeten. Sie hätten die „moralische Verpflichtung“, für Sicherheit zu sorgen.
- 10 Im PC-Markt geht gar nichts mehr**
Im ersten Quartal 2023 ist der PC-Markt noch einmal um 30 Prozent eingebrochen. Bei Smartphones sieht es nicht viel besser aus. Die Lager der Anbieter sind voll – gute Zeiten also für den Hardwareeinkauf.



Technik

- 12 SAP in der Kritik**
Anwender monieren zu hohe Cloud-Preise und behaupten, SAP vernachlässige seine branchenspezifischen Produkte.
- 18 KI-Plattform von Fujitsu**
Fujitsu hat unter dem Codenamen Kozuchi eine KI-Infrastruktur vorgestellt, die Anwender an künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen heranführen soll.
- 20 IBM kündigt Watsonx an**
Auf seiner Kundenkonferenz Think hat IBM mit Watsonx eine KI- und Datenplattform angekündigt, die es Unternehmen ermöglichen soll, KI-Technik mit vertrauenswürdigen Daten zu kombinieren.



34

Praxis

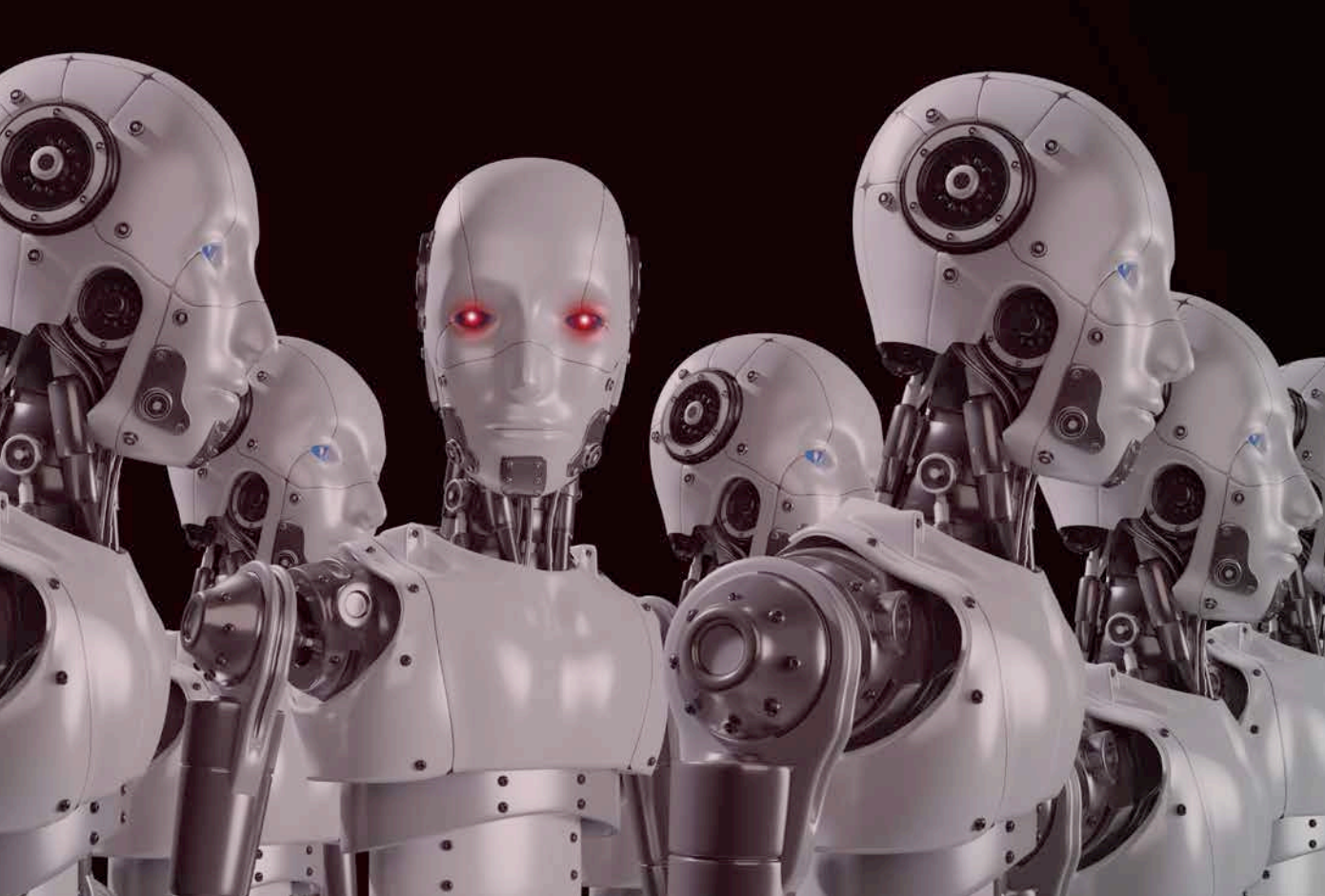
- 34 Zentis nutzt KI für Auftragserfassung**
Eine geringere Fehlerquote und mehr Effizienz verspricht sich der Konfitürehersteller von einer KI für die Auftragserfassung. Die Aachener arbeiten dazu mit einem Startup zusammen.
- 37 Besser leben durch Digitalisierung**
Rund zwei Drittel der Deutschen glauben, dass die Digitalisierung die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben verbessert. Das hat der Internet-Verband eco in einer Umfrage herausgefunden.
- 38 Quantentechnologie hebt ab**
Ein Wertschöpfungspotenzial von bis zu 1,3 Billionen Dollar trauen die Managementberater von McKinsey der Quantentechnologie bis zum Jahr 2035 zu.



40

Job & Karriere

- 40 KI im Recruiting**
Unternehmen setzen noch immer auf die Stellenanzeige. Ein Fehler, denn mit KI ist die Kandidatensuche effizienter und billiger.
- 43 Siemens überzeugt als Arbeitgeber**
Zum dritten Mal in Folge ist Siemens der attraktivste Arbeitgeber in Deutschland, wie aus einer Untersuchung von LinkedIn hervorgeht. Eine Rangliste zeigt die 25 Firmen, die ihren Mitarbeitenden die besten Karrierechancen bieten.
- 44 So geht empathisches Führen**
Mariusz Bodek, CEO bei TÜV Rheinland Consulting, erklärt im Interview, was er unter einfühlsamer Führung versteht, wie er diese selbst praktiziert und was seine Beschäftigten davon haben.
- 47 Stellenmarkt**
- 49 Impressum**
- 50 IT in Zahlen**



KI-Systeme müssten für eine wirksame Regulierung in Risiko-Klassen eingeteilt werden, fordert der AI Act der EU.

Foto: Ole.CNX/Shutterstock

KI-Regulierung: AI Act zwischen Innovation und Verbraucherschutz

Die Diskussionen, wie stark KI reguliert werden sollte, kochen hoch in der EU. Während die einen mehr Kontrolle und Rechte für Konsumenten einfordern, befürchten andere, das Regelwerk könnte den Innovationsmotor abwürgen.



Von Martin Bayer,
Deputy Editorial Director

Die Abgeordneten des EU-Parlaments haben sich auf einen ersten Entwurf zur Regulierung des Einsatzes von KI geeinigt. Damit nimmt der AI Act die nächste Verfahrensstufe und soll nun im Weiteren mit den einzelnen Mitgliedstaaten verhandelt und ausgearbeitet werden. Am Ende soll ein EU-weit geltendes Gesetzeswerk stehen, das den Einsatz von KI-Technologien wie beispielsweise ChatGPT regeln soll.

Im Wesentlichen geht es beim AI Act darum, KI-Systeme in bestimmte Risiko-Klassen einzugruppieren. Das reicht von minimal bis zu Systemen mit hohen Risiken und solchen, die ganz verboten werden sollen. Speziell wenn es darum geht, dass Entscheidungen eines KI-Systems Folgen für das weitere Leben von Menschen haben, sollen besonders hohe Maßstäbe

angelegt werden. Das gilt insbesondere für die Transparenz darüber, mit welchen Daten eine KI für ihre Entscheidungsfindung trainiert wurde und wie die Algorithmen funktionieren, die letztlich eine Entscheidung treffen. Damit wollen die EU-Politiker gewährleisten, dass diese KI-Anwendungen sicher und vertrauenswürdig funktionieren sowie elementare Grundrechte der Menschen nicht verletzen.

Bis ein endgültiges Regelwerk steht, dürfte es allerdings noch viele Diskussionen innerhalb der verschiedenen EU-Gremien geben. Eine einheitliche Linie ist derzeit nicht zu erkennen. Länder wie Italien hatten zuletzt eine härtere Gangart verfolgt und das Generative-AI-Tool ChatGPT von Open AI verboten. Gründe: Fehlende Alterskontrollen für die Nutzung und mögliche Urheberrechtsverletzungen bei



Foto: Thomas Rosenthal, VdTÜV Verband der TÜV

Wenn die Risikoeinstufungen auf Selbsteinschätzungen der Hersteller beruhen, sind Fehleinschätzungen vorprogrammiert, warnt Joachim Bühler, Geschäftsführer beim TÜV-Verband.

- ▶ Der AI Act muss sicherstellen, dass KI-Anwendungen europäische Gesetze einhalten und europäischen Werten entsprechen.

Risikobewertung – Selbsteinschätzung der Hersteller reicht nicht

Das sieht man beim TÜV ähnlich. Der TÜV-Verband begrüßt zwar grundsätzlich, dass sich die Fraktionen im EU-Parlament auf eine gemeinsame Position für den AI Act einigen konnten, sieht aber weiteres Verbesserungspotenzial. „Es braucht klare Rechtsgrundlagen, um die Menschen vor den negativen Folgen der Technologie zu schützen und gleichzeitig den Einsatz von KI in der Wirtschaft zu fördern“, sagte Joachim Bühler, Geschäftsführer des TÜV-Verbands.

Es müsse sichergestellt werden, dass Vorgaben gerade hinsichtlich der Transparenz von Algorithmen auch eingehalten werden, verlangt Bühler. Eine unabhängige Überprüfung sei aber nur für einen kleinen Teil der KI-Systeme mit hohem Risiko vorgesehen. „Die meisten kritischen KI-Anwendungen wie zum Beispiel Gesichtserkennung, Recruiting-Software oder Kreditwürdigkeitsprüfungen sollen weiter mit einer reinen Herstellererklärung auf den Markt gebracht werden dürfen“, kritisiert der TÜV-Mann. Darüber hinaus soll die Einstufung als Hochrisiko-Anwendung teilweise über eine Selbsteinschätzung der Anbieter erfolgen. „Fehleinschätzungen sind vorprogrammiert“, so Bühlers Fazit.

TÜV-Forderung: Alle Hochrisiko-KI-Systeme müssen unabhängig geprüft werden

Dem TÜV zufolge wäre es besser, alle Hochrisiko-KI-Systeme vor dem Marktstart von einer unabhängigen Stelle überprüfen zu lassen. Nur so könne gewährleistet werden, dass die Anwendungen den Sicherheitsanforderungen entsprechen. „Das gilt besonders, wenn KI-Anwendungen in kritischen Bereichen wie der Medizin, in Fahrzeugen, der Energieinfrastruktur

oder in bestimmten Maschinen eingesetzt werden“, so Bühler.

Während die Diskussionen um eine KI-Regulierung in vollem Gange sind, haben sich die G7-Digitalminister Ende April auf einem Treffen im japanischen Takasaki dafür ausgesprochen, die rasante Entwicklung von künstlicher Intelligenz mit klaren Regeln und Standards zu begleiten. Diese sollen international sicherstellen, dass KI im Sinne der Menschen genutzt wird und nicht, um Meinungen zu manipulieren und demokratische Werte zu unterwandern, heißt es in einer Mitteilung der Bundesministerien für Digitales und Verkehr (BMDV).

Digitalminister Wissing:

„KI soll uns dienen, nicht manipulieren“

„Wir sind uns im Kreis der G7 einig, dass wir bei der Regulierung von KI schnell handeln müssen“, sagte Digitalminister Volker Wissing. „Generative KI hat ein immenses Potenzial, unsere Produktivität zu steigern und unser Leben besser zu machen. Sie kann helfen, Lösungen für komplexe Probleme zu finden – etwa in der Medizin oder für den Klimaschutz.“ Umso wichtiger sei es, dass die großen Demokratien vorangingen und die Entwicklung mit klugen Regeln begleiteten, die die Menschen vor Missbrauch und Manipulation schützten. „Künstliche Intelligenz soll uns dienen, nicht manipulieren.“

Ob es so schnell geht, wie sich FDP-Mann Wissing das wünscht, ist allerdings fraglich. Seit April 2021 wird in Brüssel an dem AI Act gebastelt. Nach der Einigung im EU-Parlament könnten die Trilogverhandlungen zwischen Rat, Parlament und Kommission im Sommer 2023 beginnen. Wann ein endgültiges Regelwerk festgezurrert und in geltendes Recht umgewandelt werden kann, steht in den Sternen. Fraglich ist auch, ob die technologische Entwicklung von KI bis dahin nicht längst alle Versuche einer KI-Regulierung überholt hat. ■



Foto: Bundesregierung/Jesco Denzel

Volker Wissing, Minister für Digitales und Verkehr, sieht in Generative AI immenses Potenzial, die Produktivität der Wirtschaft zu verbessern und die Probleme der Welt zu lösen.